

Die Tageszeitung, 30.12.2010

**KOMMENTAR:
GERNOT KNÖDLER ÜBER
EINKAUFEN IM OUTLET-CENTER**

Lieber das Original als die Kopie

Neumünster lässt in seinem Gewerbegebiet ein Einkaufszentrum bauen, das so aussieht wie eine typische schleswig-holsteinische Kleinstadt – sprich Rendsburg. Verständlich, dass die Rendsburger sich das nicht bieten lassen wollen. Doch statt

zu schimpfen, müssten sie mit dem Pfund wuchern, das sie haben: ihrer Authentizität.

Was McArthurGlen in Neumünster plant, ist Blendwerk. Eine Fassadenstadt zwischen Lager- und Werkshallen, die auf antiseptische Weise verdoppelt, was es schon im Original gibt. Das ist absurd, auch wenn es die Projektentwickler als Eingehen auf die Region verkaufen.

Das Center ist auf Kundschaft zugeschnitten, die mit dem Auto anreist und daher unter Nachhaltigkeitsgesichtspunkten nicht zeitgemäß. Die großen Ketten spielen hier mit Filialen ihre Marktmacht aus. Das ver-

zerrt den Wettbewerb.

Am einfachsten ließe sich das Problem erledigen, wenn die Kundschaft soviel Geschmack bewiese, dass sie fern bliebe. Damit ist nicht zu rechnen und solange Kommunen um Gewerbesteuerzahler konkurrieren, wird es einen Anreiz geben, solche Center zu genehmigen.

Wenn Rendsburg sich gegen Kiel und Neumünster behaupten will, müssen sich seine Geschäftsleute zusammensetzen und einen gemeinsamen Auftritt entwickeln. Dabei sollten sie auf Qualität und Unverwechselbarkeit setzen.

Neue Presse, 30.12.2010

SPD fordert Hilfe für Briten-Standorte

HANNOVER. Die SPD drängt die Landesregierung, die Hilfen für die Gemeinden aufzustocken, wo die britischen Truppen Standorte schließen wollen.

„Die betroffenen Kommunen dürfen nicht auf Dauer im Stich gelassen

werden“, sagte der Innenexperte der Sozialdemokraten, Klaus-Peter Bachmann, „deswegen erneuern wir unsere Forderung, die wir bereits im Haushalt eingebracht haben, den kommunalen Finanzausgleich auf alte Höhe zu setzen.“

Dieser müsse so gestärkt werden, dass sich Einnahmeverluste infolge des Truppenabzugs auffangen lassen. Frühere Senkungen sollten rückgängig gemacht werden. Niedersachsen dürfe im Ländervergleich nicht über Gebühr unter weiteren militärischen Standortschließungen leiden.

Laut einem internen Papier der Staatskanzlei verlieren die betroffenen Gemeinden durch den Ab-

zug der britischen Truppen nicht nur deutlich an Wirtschaftskraft, sondern auch Millionen an Einnahmen aus dem kommunalen Finanzausgleich. Hintergrund ist eine Sonderregelung, nach der jeder britische Soldat in der Einwohnerberechnung mit vier multipliziert wird. Bad Fallingbostal und Bergen verlieren dadurch je 1,5 Millionen Euro.

Die Tageszeitung, 30.12.2010

Solidarität für den Flughafengegner Rosenbaum

BÜRGERRECHTE 120 Menschen unterschreiben Offenen Brief zur Verteidigung des Demonstrationsrechts

Die Art und Weise, in der in Braunschweig mit dem Demonstrationsrecht umgegangen wird, stößt auf Protest. In einem Offenen Brief haben 120 ErstunterzeichnerInnen sich gegen die Kriminalisierung des Ratschherrn Peter Rosenbaum von der BIBS-Fraktion gewandt. Die Bürger und Organisationen – darunter der DGB Südniedersachsen-Harz, der Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz, die Regionalgruppe von attac und die Linke – fordern, dass die Stadtverwaltung das Demonstra-

tionsrecht gewährleistet. Ein kürzlich an Rosenbaum ergangenes Urteil wegen dessen Aktivitäten gegen Ausbau des Braunschweiger Flughafens werten sie als „Angriff auf die demokratischen Bürgerrechte“.

Das Amtsgericht hatte Rosenbaum wegen verschiedener Regelverletzungen zu einer Geldstrafe von insgesamt 20.000 Euro verurteilt. Blicke das Urteil in Kraft, wäre Rosenbaum verurteilt. Verstoßen hatte er gegen die Auflage der Stadt, ein Megaphon bei weniger als 51 Ver-

sammlungsteilnehmern zu benutzen, nur auf dem Geh- und Radweg zu demonstrieren, sowie das Verbot als Versammlungsleiter aufzutreten. Außerdem warf ihm das Gericht Hausfriedensbruch vor, weil er ein Gebiet im Querumer Forst betreten hatte, das für den Flughafenausbau abgeholzt wurde.

Die UnterzeichnerInnen protestieren gegen das Urteil. Der Stadtverwaltung unter dem Oberbürgermeister Gerd Hoffmann (CDU) werfen sie vor, sie versuche den Protest auf der Straße einzuschüchtern. „Wir lehnen Einschränkungen des Versammlungsrechts durch politisch motivierte Auflagen der Stadtverwaltung ab“, heißt es in dem Brief. **KNÖ**